

RheinlandPfalz

**Oberfinanzdirektion Koblenz**

- Beihilfestelle -
Hoevelstraße 10

56073 Koblenz

Ministerium der Finanzen

Postfach 3320
55023 Mainz

Kaiser-Friedrich-Straße 5
55116 Mainz

Telefon - Zentrale - (06131) 16-0 - Telefax (06131) 164331

E-Mail Poststelle@fm.rlp.de

Internet <http://www.fm.rlp.de>

Nachrichtlich:**Arbeitsgemeinschaft der kommunalen
Spitzenverbände**

Deutschhausplatz 1

55116 Mainz

Evangelische Kirche der Pfalz

Domplatz 5

67346 Speyer

Bischöfliches Ordinariat

Bischofsplatz 2

55116 Mainz

Bischöfliches Ordinariat

Kleine Pfaffengasse 16

67346 Speyer

Deutsche Rentenversicherung

- Rheinland-Pfalz -

Eichendorffstraße 4 – 6

67346 Speyer

**Rheinische Versorgungskasse für
Gemeinden und Gemeindeverbände**

Postfach 210940

50533 Köln

**Kommunalbeamten-Versorgungskasse
Nassau**

Hohenstaufenstraße 7

65189 Wiesbaden

**Versorgungskasse für die Beamten der
Gemeinden und Gemeindeverbände**

Postfach 111561

64230 Darmstadt

Bischöfliches Generalvikariat

Hinter dem Dom 6

54290 Trier

Pfälzische Pensionsanstalt

Postfach 14 63

67088 Bad Dürkheim

Aktenzeichen
P 1820 A - 416

Bearbeiter/in
Herr G. Schmidt

Durchwahl
16-4133

Datum
18.03.2008

Beihilfenverordnung von Rheinland-Pfalz

**hier: Zuschlag für die medizinisch notwendige Aufnahme von Begleitpersonen nach
§ 17b Abs. 1 S. 4 KHG**

Mein Schreiben vom 29. Oktober 2007 – P 1820 A - 416

Anlage: - 1 geh. --

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit meinem oben genannten Schreiben bat ich die von der sozialmedizinischen Expertengruppe „Vergütung und Abrechnung“ der MDK-Gemeinschaft erarbeiteten Empfehlungen zur Problematik „Medizinische Notwendigkeit zur Mitaufnahme von Begleitpersonen“ - Stand 11. Juli 2005 – mit der Maßgabe anzuwenden, dass dabei die in den Abschnitten I Nr. 4 und II Nr. 1 unbestimmte Altersangabe jeweils durch das vollendete 7. Lebensjahr zu ersetzen ist.

Die Empfehlungen (Anlage) bitte ich weiterhin den Entscheidungen über die Beihilfefähigkeit entsprechender Zuschläge zu Grunde zu legen. Aufgrund der Erörterung der Problematik auf Bund-Länder-Ebene sind dabei allerdings die oben näher bezeichneten Altersangaben jeweils durch das **vollendete 8. Lebensjahr** zu ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.

Gabriele Redeker



**Prüfungen durch den Medizinischen Dienst der
Krankenversicherung nach § 275 Abs. 1 SGB V
i.V.m. § 17 b Abs. 1 KHG**

**Medizinische Notwendigkeit zur Mitaufnahme von
Begleitpersonen**

**Empfehlungen der sozialmedizinischen Expertengruppe
„Vergütung und Abrechnung“ (SEG 4)
der MDK-Gemeinschaft**

Endfassung vom 11. Juli 2005

Präambel

Mit der „Vereinbarung von Zuschlägen für die Aufnahme von Begleitpersonen nach § 17 b Abs. 1 Satz 4 KHG vom 16.9.2004“ wurde eine bundeseinheitliche Regelung getroffen.

In § 1 „Aufnahme von Begleitpersonen“ ist festgelegt:

- „(1) *Zu den allgemeinen Krankenhausleistungen gehört gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 KHEntgG auch die aus medizinischen Gründen notwendige Mitaufnahme einer Begleitperson des Patienten. Die Unterbringung der Begleitperson soll in unmittelbarer Nähe zum Patienten erfolgen.*
- (2) *Über die medizinische Notwendigkeit entscheidet der Krankenhausarzt und dokumentiert diese in den Krankenunterlagen.“*

Die medizinische Notwendigkeit der Mitaufnahme einer Begleitperson kann durch die Krankenkassen und im Auftrag der Krankenkassen durch den MDK einer Prüfung unterzogen werden.

Die folgenden Empfehlungen sollen die Entscheidungsfindung für die Krankenkassen und die Gutachter der Medizinischen Dienste der Krankenversicherung (MDK) zur Frage der medizinischen Notwendigkeit zur Mitaufnahme einer Begleitperson erleichtern.

In Absatz I werden die allgemeinen Voraussetzungen/Faktoren genannt, die bereits durch die Krankenkassen geklärt werden können und deshalb keiner Begutachtung durch den MDK bedürfen.

In Absatz II werden Kriterien für die Entscheidungsfindung bei der Einzelfallbegutachtung durch den MDK empfohlen.

I. Allgemeine Voraussetzungen/Faktoren

1. Liegt eine vollstationäre Krankenhausbehandlung vor und soll die Begleitperson ständig anwesend sein?

Die Mitaufnahme einer Begleitperson ist nur in Verbindung mit einer notwendigen vollstationären Krankenhausbehandlung des betreffenden Patienten möglich. Entsprechend muss gewährleistet sein, dass die Begleitperson ständig anwesend ist (rund um die Uhr) und somit dem behandelnden Arzt, dem Pflegepersonal und dem Patienten als ständiger Ansprechpartner zur Verfügung stehen kann.

2. Bezieht sich die medizinische Notwendigkeit der Aufnahme einer Begleitperson auf den behandlungspflichtigen Patienten ?

Die medizinische Notwendigkeit zur Aufnahme einer Begleitperson ergibt sich aus Erfordernissen, die in der Person des vollstationär behandlungspflichtigen Patienten begründet sind.

Der alleinige Wunsch des Patienten oder der Begleitperson nach räumlicher Nähe und Unterstützung im Krankenhaus und/oder die fehlende Versorgung der Begleitperson sind keine medizinischen Begründungen für die Mitaufnahme.

3. Erfolgt die Unterbringung der Begleitperson in unmittelbarer Nähe des Patienten ?

Die Unterbringung der Begleitperson im Patientenzimmer ist wünschenswert, wenn nicht sogar erforderlich. Eine Unterbringung zumindest im gleichen Gebäude mit ständiger Erreichbarkeit muss gegeben sein.

4. Liegt eine generelle patientenbezogene Indikation zur Mitaufnahme einer Begleitperson vor?

Dies trifft für Kinder bis zum Ende des Vorschulalters* zu. Der Bindungsverlust infolge der vollstationären Behandlung führt bei Kindern bis zum Beginn der Schulfähigkeit oft zu erheblichen psychischen Beeinträchtigungen.

Bei dieser Altersgruppe ist davon auszugehen, dass eine Trennung von der Bezugsperson den Behandlungsablauf/Heilungsprozess gefährden kann.

II. Kriterien für die Entscheidungsfindung bei der Einzelfallbegutachtung durch den MDK

Über die medizinische Notwendigkeit der Aufnahme einer Begleitperson entscheidet der Krankenhausarzt. Er dokumentiert diese Notwendigkeit in den Krankenunterlagen.

Für die Begutachtung durch den MDK bedeutet dies, die in den Krankenunterlagen dokumentierte medizinische Notwendigkeit muss vom Gutachter überprüfbar sein und als nachvollziehbar/nicht nachvollziehbar bewertet werden können. Eine alleinige Diagnosemitteilung reicht als Grundlage für die Nachvollziehbarkeit nicht aus.

Grundsätzlich können medizinische Gründe für die Mitaufnahme einer Begleitperson anerkannt werden, wenn das Erreichen des Behandlungszieles maßgeblich von der ständigen Anwesenheit der Begleitperson abhängt. Die Anwesenheit der Begleitperson ist lediglich für die Dauer des Vorliegens der medizinischen Gründe begründbar.

Folgende Kriterien können die Aufnahme einer Begleitperson begründen:

1. Bindungsverlust und psychische Beeinträchtigung von Kindern

Auch nach Erreichen der Schulfähigkeit (s. Absatz I Nr.4) kann der Bindungsverlust infolge der vollstationären Behandlung im Einzelfall zu erheblichen psychischen Beeinträchtigungen führen und damit eine Trennung von der Bezugsperson den Behandlungsverlauf/Heilungsprozess gefährden.

In diesem Zusammenhang kann die Mitaufnahme einer Begleitperson beispielsweise medizinisch notwendig werden bei:

- Erkrankungen, die sich über psychische Anspannung akut verschlechtern können (z. B. akute stenosierende Laryngotracheitis),
- schweren bzw. lebensbedrohlichen Erkrankungen in der Akutphase (z.B. anaphylaktischer Schock)
- elektiven großen Eingriffen perioperativ (z.B. Fehlbildungskorrekturen)
- onkologischen Erkrankungen im Kindesalter.

2. Kommunikationseinschränkungen des Patienten

Patienten mit schweren geistigen und/oder körperlichen Behinderungen (z. B. eingeschränkte sprachliche Kommunikationsfähigkeit, Blindheit) und ausgeprägten Angstzuständen können häufig nur über die Bezugsperson kommunizieren. In diesen Fällen kann die Sicherstellung des Behandlungserfolges die Anwesenheit einer Begleitperson erfordern.

3. Anleitung und Einübung der Begleitperson in diagnostische und/oder therapeutische bzw. pflegerische Maßnahmen zur Sicherung des Behandlungserfolges

Ist eine Einübung/Anleitung der Begleitperson in o. g. Verfahren oder in den Gebrauch von Hilfsmitteln während der akutstationären Behandlung für die Fortführung im häuslichen Bereich notwendig, weil der Patient selbständig dazu nicht in der Lage ist, kann die Mitaufnahme dieser Begleitperson für einen begrenzten Zeitraum erforderlich sein.

In diesen Fällen ist vom behandelnden Arzt zu begründen, weshalb stundenweise Schulungsmaßnahmen tagsüber nicht ausreichen oder nicht möglich sind.